

„Krise wird herbeigeredet“

Zweiter ostbayerischer Asylgipfel in Regensburg

Regensburg. (mib) Etwa 80 Ehrenamtliche haben sich am Samstag im Regensburger Kolpinghaus zum zweiten ostbayerischen Asylgipfel eingefunden. Die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ und das Netzwerk „Willkommen in Vilsbiburg“ stellten ein umfangreiches Tagesprogramm zum gemeinsamen Austausch auf die Beine. Viel Kritik gab es dabei für die Politik.

Pfarrer Jost Herrmann, Asylkoordinator aus Weilheim, stellte die Studie „Asyl im Oberland“ vor, in der zahlreiche Ehrenamtliche in den letzten Jahren zu unterschiedlichen Aspekten ihrer Arbeit befragt wurden. Unter anderem stelle man fest, dass die Freude an der Tätigkeit immer weiter abnehme, gleichzeitig der Druck auf die Sozialstellen durch die Behörden und die Politik immer weiter steige.

Vonseiten der Politik ist schon seit Längerem ein schärferer Ton im Umgang mit den Asylhelfern wahrzunehmen. Mit „Herrn Dobrindts neuester Wortschöpfung“ beginnt Petra Nordling vom Netzwerk „Willkommen in Vilsbiburg“ die Eröffnungsrede: „Aggressive Anti-Abschiebe-Industrie, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.“ Von der Politik ist man sehr

enttäuscht und tut sich immer schwerer einen Umgang zu finden. Julia von Seiche, die Vorsitzende der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“, stellt seit der Ernennung Söders zum Ministerpräsidenten eine weitere Verschärfung fest. 70 000 registrierte Ehrenamtliche gibt es derzeit in Bayern, die Dunkelziffer läge laut von Seiche aber um ein Vielfaches höher. „All diese Menschen müsste man doch eigentlich unterstützen, stattdessen wird permanent gegen sie gearbeitet.“

Dabei sei schon das Herbeireden einer sogenannten Flüchtlingskrise unsinnig und reiner Populismus, wie Nordling meint. „Mit allen Mitteln wird versucht, die Krise herbeizureden. Da ist die Rede von 5000 Euro monatlich, die jeder Asylbewerber bekommt. Das Unverständnis der vielen einheimischen Menschen ist vorprogrammiert.“

Auch Professor Meier-Braun, der am Nachmittag zur „Flüchtlingskrise als Fake News“ referierte, sieht diesen Punkt kritisch. „Die Flüchtlingskrise ist in den Landkreisen und Gemeinden gar nicht existent. Auf den höheren Ebenen wird dann aber durch Politik Stimmung gemacht.“ (Ausführlich in einem Teil der Auflage)